

von wegen anders

Jugendpolitik Ost

#VonWegenAnders – Jugendpolitik Ost

Das Projekt „Von wegen anders – Jugendpolitik Ost“ der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) setzt sich mit den jugendpolitischen Bedingungen und Realitäten des Aufwachsens in den ostdeutschen Bundesländern auseinander. Es brachte in den letzten zwei Jahren Fachkräfte der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung mit (jugend) politischen Entscheidungsträger*innen ins Gespräch und fragte nach Zielen und Herausforderungen für die einzelnen Regionen. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Fachgespräche sind in jugendpolitische Thesen eingeflossen.

DABEI WERDEN ZWEI PUNKTE GANZ DEUTLICH:

- Zum einen sind die Lebenslagen junger Menschen in Ostdeutschland nicht homogen. Und doch ist es sinnvoll, neben individuellen Erfahrungen auch den Blick auf die Fragen zu richten, die junge Menschen in Ostdeutschland in ähnlicher Weise betreffen.
- Zum zweiten lassen sich die in diesem Papier geschilderten Problemlagen auch mit Blick auf die Bundesrepublik als Ganzes beschreiben, aber es gilt zugleich qualitative und quantitative Unterschiede wahrzunehmen.

Der Projekttitle „Von wegen anders“ bringt diese Ambivalenzen hinsichtlich der vermeintlichen Gemeinsamkeiten der ostdeutschen Bundesländer auf den Punkt und eröffnet zugleich den Raum für eine offene Diskussion über gemeinsame jugendpolitische Handlungsstrategien. Wir plädieren für einen eigenständigen Zugang zur Jugendpolitik in Ostdeutschland, welche die besonderen gesellschaftspolitischen Grundbestimmungen und Anliegen junger Menschen in den ostdeutschen Bundesländern aufgreift.

Die Situation junger Menschen

- 1. Transformationsprozesse:** Vor 33 Jahren fiel die Mauer. Damals wie heute begleiten uns in Ostdeutschland tiefgreifende Transformationsprozesse. Dies prägt das Aufwachsen junger Menschen in pluralen Lebenslagen. Diese besondere Prägung muss vor dem Hintergrund der aktuell anstehenden gesamtgesellschaftlichen Transformationsaufgaben stärker in den Fokus jugendpolitischen Handelns rücken.
- 2. Orte und Räume:** In Ostdeutschland gibt es in der Tendenz in den Städten weniger Jugendzentren / Jugendräume als in den Landkreisen. Kommunen müssen der „Ortlosigkeit“ junger Menschen begegnen. Es braucht eine Offensive dafür, dass junge Menschen vor Ort Perspektiven für ihre Freizeitgestaltung sehen.

Unsere Gesellschaft hat es mit großen globalen Veränderungen und Herausforderungen zu tun, wie der Bewältigung der Corona-Pandemie und der ergriffenen Maßnahmen, dem Umgang mit der drohenden Klimakatastrophe, dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Hinzukommen zahlreiche mittelfristige Transformationsprozesse (z. B. Digitalisierung, Mobilitätswende, gleichwertige Lebensstrukturen in Stadt und Land sowie Ost- und Westdeutschland). Gleichzeitig wirkt der Transformationsprozess mit und um den Mauerfall immer noch nach, seine Folgen sind auch für junge Menschen, die diese Zeit selbst nicht miterlebt haben, spürbar.

Dieser Realität begegnen engagierte und politisch interessierte junge Menschen in pluralen Lebenslagen und -einstellungen. Um Selbstwirksamkeit zu erfahren und ihr Engagement leben zu können, benötigen sie dafür weniger verzweckte oder funktionalisierte Räume (z. B. Räumlichkeiten in Schulen) als vielmehr solche, die sie voraussetzungsarm nutzen und selbst gestalten können. Das Vorhandensein konkreter Orte wie Jugendzentren und selbstgestalteter (Frei-)Räume gehen dabei Hand in Hand. Ebenso brauchen sie echte Möglichkeiten und die ernst gemeinte Einladung, mitzureden und bei allen sie betreffenden Themen gehört zu werden.

Dies beginnt bei der Gestaltung des öffentlichen Raums. Der Eindruck fehlender Orte in der bedeutsamen Phase des Aufwachsens prägt die Zukunftsplanung junger Menschen. Finden sie keine Orte, die sie frei nutzen und gestalten können, ist auch dies ein Grund für eine Abkehr von der Heimatregion zum Beispiel bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche.

Spezifische regionale Entwicklungen, die das Aufwachsen junger Menschen enorm beeinflussen, dürfen auch bundespolitisch nicht ignoriert oder als „Sache“ einzelner Bundesländer abgetan werden. Insbesondere dann, wenn die strukturelle Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit und der Strukturen der Jugendhilfe über Jahre eher schwach aufgestellt ist, oder rechtsextreme Subkulturen sich in bestimmten Regionen weitgehend ungehindert verfestigen konnten, müssen diese regionalen Entwicklungen auch bundespolitisch thematisiert werden. Es bedarf eines eigenständigen Zugangs zur Jugendpolitik in Ostdeutschland, welche die besonderen gesellschaftlichen und politischen Grundbestimmungen der ostdeutschen Bundesländer aufgreift. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine bundesweit gemeinsame Perspektive auf die begründeten Differenzen der Situationen und die unterschiedlichen jugendpolitischen Ausgangslagen in den einzelnen Regionen.

Keine Jugendräume fürs Wochenende

Eine Umfrage unter Jugendlichen durch die Lutherstadt Wittenberg 2022 ergab, dass sich junge Menschen freie selbstorganisierte Räume (Chillen, Sport, Band, Disco) am Samstagabend wünschen. Aufgrund der prekären Beschäftigung der Fachkräfte der Jugendhilfe stehen aber (fast) keine Jugendräume außerhalb der üblichen Dienstzeiten zur Verfügung. Jugendeinrichtungen sind am Wochenende grundsätzlich geschlossen.

Kein Platz für Lärm

Im Sommer fehlt es in Erfurt an Orten, an denen junge Menschen sich abends draußen treffen können, ohne Anwohner*innen zu stören. Es kommt häufig zu Konflikten mit der Polizei. Der Stadtjugendring sucht seit langem erfolglos nach einer Lösung.



Die Situation der Fachlandschaft

3. Fachkräfte: Jugendarbeit und politische Jugendbildung haben eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. Um dieser gerecht zu werden, muss sie raus aus der Projektitis und der prekären Beschäftigung. Kinder- und Jugendhilfe ist im SGB VIII rechtlich verankert und keine freiwillige, sondern eine Pflichtleistung für Kinder und Jugendliche. Eine flächendeckende, strukturell abgesicherte Jugendarbeit und Jugendbeteiligung ist eine Investition in die demokratische Kultur eines Landes.

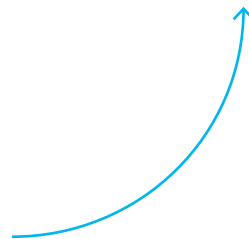
Paragraph 11 des SGB VIII zeigt den hohen Stellenwert der außerschulischen Jugendbildung auf, jedoch wird deren finanzielle Ausstattung der hohen Priorität nicht gerecht. Mittelaufwüchse auf Bundesebene waren in den letzten Jahren vorrangig in Sonderprogrammen mit Projektförderungen im Bereich der Extremismusprävention zu verzeichnen, während die Mittel für „politische Jugendbildung“ im Kinder- und Jugendplan des Bundes über Jahre praktisch eingefroren wurden. Kleinere Aufwüchse werden durch die Inflation aufgeessen.

Grundsätzlich dürfen Förderprogramme des Bundes nicht dazu führen, dass Strukturförderungen für die Jugendarbeit auf Länderebene zurückgefahren werden. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen geht es vielmehr darum, Strukturen aufzubauen, zu verstetigen und deren Förderung von den klassischen Haushaltsjahren und der Projektförderung **abzukoppeln**. Hier können Förderprogramme des Bundes eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie gemeinsam mit den Bundesländern auf den Aufbau und die Absicherung von Jugendarbeitsstrukturen vor Ort und nicht auf kurzfristige Projektförderungen setzen.

Zudem sind Fachkräfte häufig prekär beschäftigt (z. B. niedrige Bezahlung, hoher Befristungsanteil insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit).¹ So hat zum Beispiel fast jede fünfte Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Ostdeutschland zu 100 Prozent befristet beschäftigtes Personal, während diese Konstellation jedoch nur für sechs Prozent der westdeutschen Einrichtungen zutrifft.² Auch hier sind Instrumente gegen die daraus folgende hohe Fluktuation und Fachkräfteabwanderung zu entwickeln, die insbesondere auch ostdeutsche Bundesländer hart treffen. Somit verfestigen sich beispielsweise Diskrepanzen zwischen einem durch die Folgen der Corona-Maßnahmen gestiegenen Bedarf an zielgerichteten Angeboten für Kinder und Jugendliche und der vorhandenen Angebotsstruktur im städtischen und ländlichen Raum.

Kurze Bewilligungszeiträume führen zu Frust im Landkreis Görlitz

Kleine Träger von Schulsozialarbeit müssen Mitarbeitende kündigen und wieder einstellen, weil Bewilligungen / Gelder immer nur für ein Jahr (Kalenderjahr und nicht Schuljahr) genehmigt werden.



Die Bedarfe junger Menschen zur jugendpolitischen Priorität zu erklären, bedeutet gerade in Krisenzeiten eine bessere Finanzierung der Jugendarbeit, die nicht durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist oder durch eine immer größere Aufgaben- und Arbeitsverdichtung zu Lasten von Fachkräften der Jugendarbeit geht. Nur so können neue Instrumente der Überzeugungsarbeit für Demokratie entwickelt und Jugendarbeit verstärkt aufsuchend aktiv werden.

¹ Lewerenz, Rico; Jugel, David (2022): Gut, dass mal jemand fragt - Zur Lage der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen. In: *Journal für politische Bildung*, Heft 4/2022, S. 4–8.

² Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht.

Jugendbeteiligung

- 4. Echte Teilhabe:** Eine erlebbare Demokratie und selbst erfahrene Beteiligung eröffnen eine individuelle Verbindung zur Demokratie. Es braucht vielfältige Möglichkeiten der Jugendbeteiligung auf den Ebenen von Schule, Stadtteil, in den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit bis zu den Strukturen und Verfahren auf kommunaler und Landesebene. Die Partnernetzwerke in der Jugendarbeit und die methodischen Möglichkeiten dafür sind vielfältig und erleichtern die Umsetzung.
- 5. Jugendgerecht:** In den jeweiligen Kontexten von Stadtteil bis Jugendparlament sollte jungen Menschen transparent sein, wie strukturell verankert ihre Beteiligung ist und welche konkrete Einflussmöglichkeit sie in unterschiedlichen Beteiligungsprozessen haben. Insbesondere dort wo sich junge Menschen mit echten Einflussmöglichkeiten an demokratischen Prozessen beteiligen, müssen sie schneller und nahbar erfahren können, was ihre Beteiligung konkret bewirkt oder es muss zumindest offengelegt werden, wieso ein Aushandlungsprozess länger dauert.

Um wirksame Jugendbeteiligung zu ermöglichen, muss eine jugendgerechte Beteiligungsstruktur mit jungen Menschen entwickelt und langfristig verankert werden. Jugendliche Gestalter*innen brauchen Ermöglichungsstrukturen. Dazu brauchen sie die Unterstützung der Politiker*innen vor Ort, die Beteiligungsexpert*innen aus den Jugendverbänden und anderen Arbeitsfeldern der Jugendarbeit und eine dauerhafte Finanzierung, damit neue Formen der Jugendbeteiligung entwickelt werden können. Junge Menschen erleben eine Umwelt, in der sie jederzeit Zugang zu Informationen oder Medien haben. In ihrer Social-Media-Lebenswirklichkeit sind sie es gewohnt, ihre Meinung und ihre Interessen selbst aktiv einzubringen, dieses Potenzial gilt es zu nutzen. Es gilt sie auch als Gestalter*innen ihres individuellen und lokalen Lebensumfelds zu gewinnen. Das Projekt „Jugend-Budget“ des BMFSFJ oder das sächsische Projekt „Hoch vom Sofa“ der Sächsischen Kinder- und Jugendstiftung ermöglichen eine finanzielle Ausstattung von kleineren und kurzfristigen Jugendprojekten. Ein niedrigschwelliges Angebot für Jugendliche, die sich nicht in regelmäßigen Beteiligungsformaten einbringen möchten. Das Beteiligungskonzept „aula“ von politik digital e. V. ermöglicht mithilfe einer Online-Plattform und didaktischer Begleitung Kindern und Jugendlichen aktive Mitbestimmung im Alltag. Die vielfältigen bereits bestehenden Beteiligungsformen sollten stetig um jugendgemäße, digitale und interaktive Beteiligungsmöglichkeiten ergänzt werden. Diese können der Impuls für ein dauerhaftes Engagement in ihrem gesellschaftlichen Umfeld sein.

Die Beteiligungszeiträume, wie z. B. sechs Jahre für die Entwicklung des jugendpolitischen Programms, sind oft nicht jugendgerecht. Zudem gibt es wenig öffentlich abgesicherte Jugendarbeitsstrukturen. Fachkräfte der Jugendarbeit können die Jugendbeteiligungsprozesse organisieren, umsetzen und moderieren. Sind Strukturen der Jugendarbeit direkt am Bürgermeister*innenamt angebunden, erleichtert dies Kommunen passgenaue Partizipationsprozesse umzusetzen und mit den Ergebnissen weiterzuarbeiten. Es braucht ein Zusammenwirken von Politik, Fachkräften und jungen Menschen, damit Teilhabe durch das Einbringen aller Beteiligten gelingen kann.

Jugend-Check in Thüringen

Thüringen ist das erste Bundesland, das in Form eines dreijährigen Modellprojektes den Jugend-Check auf Landesebene erprobt. Der Jugend-Check ist ein wissenschaftliches Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung. Besonderheit in Thüringen ist die partizipative Einbindung junger Menschen. Hierzu sollen im Zufallsverfahren 50 junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren motiviert werden, beratend an den Gesetzesentwürfen mitzuwirken.

#machtmal18a

Brandenburg gehört zur den Bundesländern, in denen die pflichtige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (und die Dokumentation des Prozesses) an allen sie betreffenden Angelegenheit in der Gemeindeordnung verankert ist. In den letzten 4 Jahren haben 95% der Brandenburger Kommunen ihre Hauptsatzung geändert und teilweise gute und wirksame Formate der Beteiligung entwickelt. Außerdem sind über 40 Gremien von und für Kinder und Jugendliche entstanden.

Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern

Die im Januar 2022 eingesetzte Enquete-Kommission formuliert Handlungsempfehlungen für die Landespolitik zur Beseitigung struktureller Defizite und zur Schaffung attraktiver Perspektiven für junge Menschen im Land. 13 Abgeordnete aller sechs Fraktionen und 12 nichtparlamentarische Mitglieder untersuchen Rahmenbedingungen und Lebenslagen von jungen Menschen in M-V. Die überfraktionelle Arbeit wird von Formaten der Kinder- und Jugendbeteiligung aktiv begleitet, deren Ergebnisse in die Beratungen der Kommission eingehen.

Demokratiskepsis

6. Demokratische Jugend: Das Potenzial zur Protestwahl und Demokratiskepsis bei jungen Menschen ist aus vielerlei Gründen – historischen wie strukturellen (beispielsweise Armut, fehlende Mobilität, ausbleibende Perspektiven im ländlichen Raum) – in Ostdeutschland besonders hoch. Hier gilt es durch eine Bestärkung demokratisch engagierter junger Menschen und eine Politik, welche die Perspektiven junger Menschen im Blick hat, den vermeintlich einfachen Antworten populistischer und ausgrenzender Akteure gegenzusteuern.

In Ostdeutschland gibt es in der Tendenz eine leicht geringere Wahlbeteiligung junger Menschen als in der Mehrheit der westdeutschen Bundesländer. Zudem gibt es in Ostdeutschland eine größere Bereitschaft, aus Protest demokratiefeindliche Parteien zu wählen. Viele junge Menschen, auch Erstwähler*innen, entscheiden sich für die AfD.³ Es gibt viele mögliche Ursachen: Benachteiligungen wie erhöhte Armutsrate junger Menschen, Unterrepräsentation und das Gefühl von politischen Entscheidungsträger*innen nicht gehört zu werden, fehlende Mobilität, wenige Perspektiven besonders in ländlichen Räumen führen zu Protestwahlen und sind ein Grund, wieso junge Menschen populistischen Argumenten oder ausgrenzenden Gesellschaftsbildern folgen. Zugleich zeigen aktuelle Jugendstudien in ganz Deutschland zuletzt verstärkt, dass junge Menschen der Meinung sind, dass ihre Anliegen nicht gehört werden, sie Politik nicht beeinflussen können und ihre Zustimmung zur Demokratie als beste Staatsform in der Tendenz abnimmt.⁴ Rechte Gruppierungen besetzen Fehlstellen der Jugendarbeitsstrukturen in einigen ostdeutschen Regionen aktiv und stärken somit eine identitäre Jugendkultur.

Dennoch haben viele junge Menschen Demokratie als Lebensform verinnerlicht, sind politisch aktiv und beteiligen sich an Entscheidungsprozessen, wenn es um ihre Anliegen geht. Dieses demokratische Potenzial gilt es zu fördern. Beispielsweise müssen junge Menschen häufiger aktiv danach befragt werden, was sie mit einem positiven Demokratieverständnis verbinden. Junge Menschen

müssen für die Demokratie ermutigt werden, dazu bedarf es eines Zuhörens, Vorbilder und eines aktiven Vorlebens. Zugleich brauchen junge Menschen, die sich öffentlich gegen demokratiefeindliche Entwicklungen stellen und deshalb Anfeindungen ausgesetzt sind, den Schutz und die entschiedene Unterstützung der Politik und Zivilgesellschaft vor Ort.

Dominanz der Montagsdemos

An den Montagsdemos (gegen Corona-Maßnahmen, gegen Russland-Sanktionen ...), auch unter Beteiligung rechtsextremer Akteure, nehmen in Wittenberg 500 bis 2500 Menschen teil. Jugendliche, die für Demokratie, Weltoffenheit, Vielfalt eintreten wollen, erreichen wesentlich weniger Resonanz und fühlen sich dadurch oft entmutigt.

AfD in Kommunalparlamenten

Dezidierte Aufgabe von Jugendarbeit ist die Demokratiestärkung und politische Bildung. Diese Aufgabe führt auch zu einer kritischen Auseinandersetzung und Positionierung zur AfD. In der Folge führt die AfD vor Ort Kampagnen gegen Akteure der Jugendarbeit (z. B. in Döbeln oder Bautzen), oft verbunden mit Halb- und Unwahrheiten, die aber mehrheitsfähig in kommunalen Parlamenten werden können und die Existenz von freien Trägern gefährden.

3 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2021): (Nach-)Wahlanalyse: Wie haben junge Deutsche 2021 bei der Bundestagswahl gewählt? <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19475.pdf> sowie <https://wahlen.u18.org/wahlergebnisse/bundestagswahl-2021>.

4 TUI-Stiftung (Hrsg.) (2022): Junges Europa 2022. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren [Die Jugendstudie der TUI-STIFTUNG]. https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/07/2022_07_06_JungesEuropa2022_Report.pdf; Vodafone Stiftung (Hrsg.) (2022): Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH. <https://www.vodafone-stiftung.de/jugendstudie-2022>.

Demografischer Wandel

7. Wahlalter senken: Der prozentuale Anteil junger Menschen an der Gesellschaft ist in Ostdeutschland mit 15,3 Prozent aufgrund der Abwanderung und der niedrigen Geburtenraten in den 1990ern und 2000ern geringer als in Westdeutschland. Deshalb braucht es differenzierte Konzepte zur Beschreibung, Analyse und Sortierung unterschiedlicher Formen von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in öffentlichen Diskursen und politischen Entscheidungen. Nur so bleibt die Demokratie lebendig und erleben junge Menschen aktive Teilhabe und Selbstwirksamkeit und können sich zu demokratischen Persönlichkeiten entwickeln. Die Senkung des Wahlalters würde einen wesentlichen Beitrag zur besseren Repräsentation junger Menschen leisten.

Für eine schrumpfende jüngere Generation ergibt sich das Problem, ob und in welcher Weise ihre Interessen von politischen Verantwortungsträger*innen im Vergleich zu denen einer mehrheitlich älteren Bevölkerung wahrgenommen werden. Generationengerechtigkeit ist umgesetzt, wenn ein junger Mensch von Älteren in der Art angenommen

wird, wie er seine Interessen und Bedürfnisse formuliert. Und Generationengerechtigkeit ist umgesetzt, wenn sich Erwachsene und vor allem Entscheidungstragende der Kritik junger Menschen stellen, sich dieser annehmen und in politische Entscheidungen übersetzen. Jugendliche interessieren sich für die Erfahrungen der älteren Generation und dennoch gibt es ein Gefühl der Benachteiligung in Bezug auf die zukünftigen Aufgaben, die vor den heute jungen Menschen liegen. Auch wenn die Abwanderung aus den ländlichen Räumen weitgehend gestoppt ist, wirkt der demografische Wandel weiter (Altersstruktur, geringe Anzahl junger Menschen, abgebaute Angebote für Jugendliche ...). Als Gegenmaßnahme zur Unterrepräsentation junger Menschen muss das Wahlalter für Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt werden. Die Bundesländer, in denen junge Menschen heute schon ab 16 bei Landtagswahlen mitwählen dürfen, haben bei Wahlen den größten Zuwachs an jungen Wähler*innen. Ebenso muss das Ziel der Absenkung des Wahlalters bei Bundestags- und Europawahlen verfolgt werden.

Klima-Katastrophe

8. Soziale Frage: Mit Blick auf das Problembewusstsein zum Klimawandel gibt es in Deutschland ein starkes Ost-West-Gefälle. In Westdeutschland wird der Klimawandel als größeres Problem wahrgenommen als in den ostdeutschen Bundesländern.⁵ Jedoch werden hier soziale Fragen häufiger zum Anlass genommen, ökologische Themen in den Hintergrund zu drängen. Umso wichtiger ist es, dass alle demokratischen Parteien die Absicherung der Lebensgrundlage der kommenden Generation(en) in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen und junge Menschen, die sich auch vor Ort für ihre Zukunft engagieren, unterstützt werden.

Die Tatsache, dass die Diskussion um Klimaveränderungen so stark und breit in der Öffentlichkeit geführt wird, verdanken wir den jungen Menschen. Es gilt jetzt diejenigen in einer Gesellschaft zu stärken, welche sich später mit den fundamentalen Veränderungen und Folgen beispielsweise des Klimawandels, der sozialen Gerechtigkeit, der Wirtschaftsordnung konkret auseinandersetzen und diese gestalten müssen. Es braucht eine ostdeutsche Perspektive auf aktuelle Fragen zur Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation. Die besonderen Transformationserfahrungen der ostdeutschen Bundesländer und ihrer Bürger*innen (Strukturumbrüche in den 1990er Jahren und der wirtschaftliche, politische und psychologische Umgang mit ihren Folgen) können eine wichtige Ressource für die Gestaltung künftiger Transformationsaufgaben sein. Diese Perspektiven können dabei helfen, „blinde Flecken“ in politischen Entscheidungen aufzudecken oder Sensibilitäten dafür zu schaffen, wer in die Aushandlung über die Gestaltung von Transformationsaufgaben miteinbezogen werden muss.



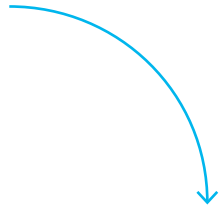
⁵ Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.

Corona-Pandemie

9. Bildungsverständnis: Die Pandemie wirkte als Brennglas für bereits bestehende Probleme wie z. B. soziale Ungleichheiten oder die schleppende Digitalisierung der Schulen. Es bedarf eines Bildungsverständnisses, das die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen als Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Eine mutige Bildungspolitik denkt die Umgestaltung eines überalterten Bildungssystems stärker aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen heraus. Die Corona-Pandemie-Maßnahmen haben Schäden verursacht, deren Folgen sich auf Kinder und Jugendliche langfristig auswirken. Angebote der Jugendarbeit müssen auf diese veränderte Bedarfslage bei Kindern- und Jugendlichen in den kommenden Jahren reagieren. Die Strukturen der Jugendarbeit brauchen dafür eine länger angelegte finanzielle Unterstützung.

Die verordneten Corona-Maßnahmen haben soziale Hürden und Exklusionen weiter verstärkt. Unterschiede zwischen Stadt und Land beim digitalen Anschluss, in den sozialen Kontakten und Beteiligungsmöglichkeiten wurden durch die verordneten Corona-Maßnahmen größer. Die Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung haben auch gezeigt: Die Umsetzung der Kinderrechte war und ist rückläufig. Kinder und Jugendliche wurden sehr stark als Objekte betrachtet („zu Beschulende“), weniger als junge Menschen mit eigenen Bedarfen. Es gab in der Kinder- und Jugendpolitik Kürzungsdebatten während der Pandemie, die sich in der angespannten post-pandemischen Haushaltslage wiederholen werden. Es fehlten konkrete Beteiligungsinstrumente, um nicht für junge Menschen zu entscheiden, sondern mit ihnen. Die Digitalisierung hat durch die Pandemie einen Schub erhalten. Es wurden aber auch die bestehenden Defizite sichtbar (fehlende technische Voraussetzungen, Internetzugang, pädagogische Defizite in der Schule). Der Digitalisierungsschub sollte nun dazu genutzt werden, auch andere grundsätzliche Veränderungsbedarfe in einem veralteten Bildungssystem anzugehen z. B. Demokratische Schulentwicklung, Sozialraumorientierung, Gestaltung des Ganztages im Primarbereich, Stellenwert und längerfristige Einbindung von außerschulischen Akteuren der Jugendarbeit und der Demokratiebildung.



Örtliche Jugendförderung

In Thüringen fördert das Land indirekt Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen / Landkreisen über den Posten „Örtliche Jugendförderung“ im THÜRKJAH. Im Zuge der angespannten Haushaltslage unter Corona gab es Kürzungsdebatten, die bislang abgewendet werden konnten.

Jugendliche nicht gefragt

Der Landesschülerrat Sachsen-Anhalt wurde 1,5 Jahre lang nicht zu Corona-Maßnahmen gehört. Erstmalig geschah das im Dezember 2021. Vergleichbar war die Situation in den meisten Schulen.



#VONWEGENANDERS – JUGENDPOLITIK OST

Das Projekt „Von wegen anders – Jugendpolitik Ost“ setzt sich mit den jugendpolitischen Bedingungen und Realitäten des Aufwachsens in den ostdeutschen Bundesländern auseinander. Es brachte in den letzten zwei Jahren Fachkräfte der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung (jugend)-politischen Entscheidungsträger*innen ins Gespräch und fragte nach Zielen und Herausforderungen für die einzelnen Regionen.

Das Projekt hat ein besonderes Augenmerk auf Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Doch auch wichtige Stimmen aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Nordbayern werden einbezogen. Das Projekt macht deutlich, dass es das ostdeutsche Aufwachsen nicht gibt. Es geht um junge Menschen in Ostdeutschland mit ihren manchmal ähnlichen, aber ebenso sehr individuellen Erfahrungen. Der Projekttitle „Von wegen anders“ bringt diese Ambivalenz hinsichtlich der vermeintlichen Gemeinsamkeiten der ostdeutschen Bundesländer auf den Punkt und eröffnet zugleich den Raum für eine offene Diskussion über gemeinsame jugendpolitische Handlungsstrategien und ein Voneinanderlernen.

Einige Videos der jugendpolitischen Gespräche können auf der Projektwebseite „**Von wegen anders – Jugendpolitik Ost**“ angesehen werden: <https://www.politische-jugendbildung-et.de/projekt/von-wegen-anders/>

Das Projektteam bestand aus Bildungspraktiker:innen der politischen Jugendbildung und der Jugendverbandsarbeit aus folgenden Mitgliedseinrichtungen der [Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitischen Jugendbildung \(et\)](#):

